

Greenpeace will Zahlen sehen

Die Greenpeace-Gruppe Bodensee kritisiert die Pläne der Stadtwerke Konstanz, sich an einem Kohlekraftwerk in Brunsbüttel zu beteiligen. Der Umweltverband will von der städtischen Tochtergesellschaft Zahlen sehen. Bislang sei nicht klar, welche Kosten tatsächlich entstehen, heißt es in einer Stellungnahme. Der Stadtwerke-Aufsichtsrat hat sich mehrheitlich für die Beteiligung am umstrittenen Kohlekraftwerk ausgesprochen. Greenpeace kritisiert dies vehement: Die Beteiligung sei ein „Rückschritt in die Stein(kohle)zeit“. So stoße das Kraftwerk jährlich rund 45 000 Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid aus. Die Kreisversammlung von Bündnis 90/Die Grünen sprach sich ebenfalls gegen die Beteiligung aus. (jos)

STADTWERKE

Greenpeace will Zahlen sehen

Protest gegen Beteiligung an **Kohlekraftwerk** wächst – Kreis-Grüne lehnen Projekt ab

Konstanz (jos) Greenpeace lässt nicht locker: Der Umweltverband kritisiert die Pläne der Stadtwerke, sich am Kohlekraftwerk in Brunsbüttel zu beteiligen. Die Greenpeace-Gruppe Bodensee will von der städtischen Tochtergesellschaft Zahlen sehen. Bislang sei nicht klar, welche Kosten durch den Bau tatsächlich entstehen, heißt es in einer Stellungnahme. Die Bürger werden aufgefordert, gegen die Pläne zu protestieren.

Der Stadtwerke-Aufsichtsrat hat sich mehrheitlich für die Beteiligung am umstrittenen Kohlekraftwerk ausgesprochen. Greenpeace kritisiert dies vehement: Die Beteiligung sei ein „Rückschritt in die Stein(kohle)zeit“, schreibt Gerhard Wurst. So stoße das Kraftwerk jährlich rund 45 000 Tonnen Kohlendioxid aus. Dies sei vergleichbar mit dem Fällen von 20 000 Bäumen. „Was für einen Aufschrei gibt es (zu recht!) in Konstanz, wenn im

Stadtgebiet einige Bäume gefällt werden – warum gibt es keinen Aufschrei, wenn 20 000 Bäume ‚abgeholzt‘ werden?“ Zumal dies für eine Laufzeit von 40 oder 50 Jahren gelte.

Greenpeace bezweifelt die Wirtschaftlichkeit des Projekts. So schwankten die Angaben zu den auf die Stadtwerke Konstanz zukommenden Kosten zwischen vier Millionen und 20 Millionen Euro. Der Bezug des Stromes werde zu „marktüblichen“ Preisen garantiert. Dies sei sehr fragwürdig: „Man steigt mit hoher finanzieller Beteiligung in ein Geschäft ein, und bezieht dann den Strom zu marktüblichen Preisen, muss dazu noch für teures Geld das Kraftwerk finanzieren.“ Kosten für die künftig notwendigen Zertifikate seien nicht eingerechnet, schreibt Gerhard Wurst. Zudem seien 8000 Voll-Last-Stunden zugrunde gelegt, realistisch gehe man heute von 3000 bis 4000 Stunden aus.

„Damit wird das Kraftwerk unrentabel.“ Die Durchleitung des Stromes in bestehende Netze sei nicht gewährleistet, da Windkraft-Strom aus der Nordsee Vorrang habe.

Greenpeace fordert, das Unternehmen müsse seine Zahlen offen legen und zugleich mögliche Alternativen für das geplante Kraftwerk aufzeigen. Die Stadtwerke seien dabei, ihr gutes Image aufs Spiel zu setzen.

Die Kreisversammlung von Bündnis 90/Die Grünen sprach sich ebenfalls gegen die Beteiligung aus. „Strom ist frei auf dem Markt zu kaufen, und dieser Markt birgt wesentlich kleinere Zukunftsrisiken als eine hochspekulative Beteiligung am Kohlekraftwerksbau in Brunsbüttel“, heißt es in einer Mitteilung. Es sei mit einem massiven Abspringen von Kunden zu rechnen, die „sauberen“ Strom möchten. Als Alternative seien dezentrale Energieprojekte in der Region denkbar.



Greenpeace hat bereits eine Demonstration gegen die Kraftwerks-Beteiligung der Stadtwerke organisiert. Nun legt der Verband nach. BILD: ARCHIV HANSEER